

VOLLDRAHT



Offizieller Anzeiger für das Grhzgt. Mecklenburg-Strelitz und das Grhzgt. Mecklenburg-Schwerin und das Hzgt. Pommern

Fight and Stand

NACHRICHTEN

November 2020

Warum VOLLDRAHT

JB - Die ausgeprägte kognitive Dissonanz, als Ergebnis einer "Gehirnwäsche" mittels Desinformation und Spiegelung der Begrifflichkeiten haben zur einer lethargischen Gesellschaft geführt, die kaum in der Lage ist, rational auf die aktuellen Ereignisse zu reagieren. Wir liefern den Impuls, mehr Informationen haben zu wollen. Mehr Informationen und aktives Miteinander zum Wohl der wichtigsten Änderung in der Geschichte unseres Staates Mecklenburg: Der Übergang in die parlamentarische Monarchie aus einem völlig verzerrten "demokratischen" Ausbeutungssystem der SPD geführten BRD-Verwaltung.

Dem Humor der Russen ist es zu verdanken, daß der Schutz für VOLLDRAHT verwehrt wird und so die "Ewig Gestrigen" der Dienste den Druck der Zeitung verhindern können. Ich vermute, da laufen Wetten und mit der in ganz MV erscheinenden VOLLDRAHT Zeitung wäre die SPD-Schwesig zu schnell aus der Staatskanzlei geflogen. Dafür geht es mit der selbstgedruckten 6-seitigen Ausgabe in DIN A4 weiter.

Hier sehen sie einen korrupten Diktator, der sein Volk belügt und verkauft, vor dem ganz Europa zittert...



VOTE – "Make Mecklenburg and Pommern Great Again"

JB - Nach der Klärung des Wahlbetrugs durch die Demokraten wird der amtierende US-Präsident Donald J. Trump im Amt bestätigt sein. Gestärkt durch eine rechtschaffende Richterschaft des Supreme Court, kann der eingeschlagene Kurs des industriellen-militärischen Komplex zur Versklavung der Welt unter dem Deckmantel des "The World Economic Forum" mit seinem "Great Reset" endgültig zerschlagen werden. Trump und seine Administration wird die USA in seine souveränen Staaten führen, für die deutschen Staaten wird es einen harten Aufwachprozeß geben, der im bereits einsetzenden Verfall der Strukturen der BRD-Verwaltung durch die BRD-Verwaltung zur direkten Konfrontation gelenkt wird. Es zeichnet sich ab, daß die "Staatsmacht" (Werkschutz) gegen die Bürger, die sich der Unterdrückung durch die totalitären Corona-Maßnahmen (Bevölkerungsschutzgesetz) einer fiktiven Pandemie nicht beugen wollen, in Stellung gebracht wird. Im Zuge des aufgelösten Bundes obliegt es jedem deutschen (Bundes)Staat, sich in den Status eines souveränen Staates zu setzen. Dazu wurde in Mecklenburg und Westpommern die durch die MSM unterdrückte Volksinitiative gestartet, die den Wechsel in die parlamentarische Monarchie mit dem Großherzog Friedrich Maik ermöglicht.

Eine Volksinitiative, die bereits 50% der notwendigen Stimmen erhalten hat und sich jetzt vorbereitet, die durch die Staatskanzlei mit der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD-Okkupationsverwaltung) angerichteten Schäden an unserer Heimat aufzufangen und unter rechtsstaatlichen Bedingungen zu einem Neustart bringt.

Der Vergleich der Staatsformen ist eine Übersicht, die Ihnen ermöglicht, selbst zu vergleichen, was die Staatskanzlei Ihnen aufbürdet und





welch enorme Erleichterung in einem souveränen Staat möglich ist. Ihre Entscheidung können Sie direkt und unkompliziert per Stimmzettel treffen. Da die SPD-Okkupationsverwaltung uns/oder andere verzweifelte Dienste die Stimmzettel, die auf dem Postwege versendet werden, abfängt, wurden Stimmzettel-Sammelstellen eröffnet, die eine gesicherte Stimmzettelerfassung ermöglichen.

Mit dem Erreichen von 10% + Reserve der notwendigen Stimmen, bezogen auf die ca. 1,2 Millionen Stimmberechtigten aus Mecklenburg und Westpommern, wird der Flaggenwechsel an der Staatskanzlei eingeleitet. Die Mecklenburger und Pommeraner sollten sich rasch aus dem Angstszenario einer fiktiven Pandemie befreien und die ideologischen Mauern einer kriminellen Parteienlandschaft überwinden. Der rational denkende und handelnde Bürger kann umgehend den katastrophalen Zustand, der durch die rechtswidrige Parteipolitik der SPD entstanden ist, beenden.

Nehmen Sie Kontakt auf und informieren Sie sich. Sie gestalten die sichere Zukunft für ihre Kinder.

Liste der Stimmzettelannahme nach Postleitzahlen



Mecklenburg - Souveräner Nationalstaat -Die Monarchie startet die Wirtschaft neu

JB - JB-[Politik] - Mecklenburg vereint Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zu dem größten nördlichsten Staat Deutschlands, das seine wirtschaftliche Stärke und seine gesellschaftliche Stabilität durch gewachsenes landwirtschaftliches Umfeld findet. Wenn da nicht die jahrzehntelange Destabilisierung der Landwirtschaft stattgefunden hätte. So manch ein Landwirt fragt sich, wann er vom selbständigen Landwirt, der von Feldfrüchten- und Viehzucht in umweltgerechter Anbauweise, zum abhängigen Anwender von Konzernprodukten umgestrickt worden ist.

Einhergehend mit der schleichenden Überschuldung und Landverlust. Der Weg zur industrialisierten Monokultur ist als direkte Folge dieser Politik vorgezeichnet und damit verlieren die Gemeinschaften in den Dörfern und kleineren Städten ihre wirtschaftliche Stabilität.

Dabei sind es die kleinen starken Gemeinden, die ausschlaggebend für die Gesamtstabilität des Landes sind. Mecklenburg wurde über eine opportunistische Politik und Einflußnahme div. Gruppierungen, die eigene renditeorientierte und/oder ideologische Ziele verfolgten, zu einem in der Fläche ausgebluteten und schwachen Konsumentenviertel. Aufgrund der extremen Verflechtung von politischen-wirtschaftlichen-ideologischen Interessengruppen wird sich dieser Umstand auch nicht ändern.

Hinzu kommt, daß die Mißstände über die offiziellen Pressekanäle nicht verbreitet werden und durch die vorgenannte Gruppierung ebenso die systemkritische Meinungsfreiheit blockiert wird. Es wurde eine willkürliche Intoleranz staatlicher Institutionen gegenüber einer freien Meinung aufgebaut. Ein totalitäres Überwachungsinstrument der Meinungsbildung, perfider als es schon mal vorhanden war.

Ergo, die Menschen in Mecklenburg werden falsch informiert und vom lästigen Vermögen, Häusern und Arbeitsplätzen befreit. Für die Unterhaltung sorgt die Entertainmentgruppe der überqualifizierten Atomphysiker, die auf Einladung der vorgenannten Gruppierung auch per Flugzeug in unser Land verbracht werden. Das liest sich nicht nur mies, das ist ein nicht akzeptierbarer Zustand, der zur Korrektur



ansteht.

Zu diesem Zweck haben sich zwei Nordmänner zusammengefunden. der Großherzog Friedrich Maik und der Baumann Jörn. In der Erkenntnis, daß nur das, was man selbst erledigt, Bestand hat, haben die hartnäckigen Kerle beschlossen, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, diesen ineffizienten Zustand der bestehenden Regierung in seine korrekte Staatsform zu setzen und die prosperierende Entwicklung Mecklenburgs zu unterstützen. Die beiden Familienväter sehen sich in der Verantwortung ihren Kindern gegenüber, die eine Zukunft haben sollen, die nicht von einem ideologischen Irrsinn dominiert wird, der mit seinem Abbau der Meinungsfreiheit, dem Rechtsstillstand, seiner hysterischen Überwachung und Mißachtung der Privatsphäre, der Verschuldungspolitik und der die Nationalität zerstörende Gleichmacherei einer wahnsinnigen, auf Links gedrehten bunten Einfalt, die unserem Land die Energie raubt. Das bestehende politische System ist nicht in der Lage, aus sich selbst heraus die Korrektur vor-

Jeder Abweichung aus der Front der Parteivasallen führt zum Verlust der gesellschaftlichen und sozialen Sicherheit. Kennt man schon, brauchen wir nicht noch einmal.

Großherzog Friedrich Maik ist der designierte Regent, Seine Königliche Hoheit Großherzog Friedrich Maik des Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz und des Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Großherzog Friedrich Maik bringt die notwendige Voraussetzung mit, die Systemfrage stellen zu können. Großherzog Friedrich Maik ist thronfolgeberechtigt und wurde aufgefordert sein Erbe anzutreten. Großherzog Friedrich Maik hat sich in den letzten Jahren intensiv auf die bevorstehende Arbeit und das mit internationaler Unterstützung u.a. durch die Royal Academy of the United Nations vorbereiten können.

Baumann, Jörn hat sich in die Problematik der Information, innerhalb der etablierten Propaganda-Unternehmen die unzensierten Informationen zu liefern und zu verbreiten, erfolgreich eingearbeitet. Das aus dem Thinktank "Vision D" weiterentwickelte Medienprojekt "VOLLDRAHT" sichert die unabhängige Information mittels einer rauh und direkt gestalteten Zeitung.

VOLLDRAHT übernimmt den ideologisch übergreifenden Part und ermöglicht den Brückenschlag zwischen den Menschen, die sich bereits in den laufenden Prozeß der Aktivierung Mecklenburgs einbringen und den Menschen die mehr Informationen verlangen, damit Sie sich beteiligen können.

Zwei Männer, die ein gemeinsames Ziel haben. Mecklenburg für zukünftige Generationen lebenswert und souverän zu gestalten. Maik der als Großherzog, Titel, Macht und Boden hält.

Die nationale Souveränität Mecklenburgs ist international akzeptiert und wird in seiner staatstragende Funktion unterstützt. Sowie Jörn, der unverschämt, unzensiert, rechtswirksam publiziert und dafür sorgt, daß auch jeder in Mecklenburg mitentscheiden darf. Wer also an einer Steuerhöhe von anfänglich 25% mit fallender Tendenz, einer freien Schulbildung (keine Schulpflicht), einer freier Heilsfürsorge, einer realen Privatsphäre, einer freien Impfentscheidung und an einer stabilen Finanzpolitik Gefallen finden könnte, ist herzlichst eingeladen, sich einzubringen. Primär ist es notwendig, aus dem Stillstand der Rechtspflege mit einer parteigeführten willfährigen Justiz, wieder eine rechtsfähige Einheit zu bilden, in der die Polizeikräfte hoheitlichen Rechten folgen und nicht länger eine Parteidoktrin umsetzen.

Frage nicht, was Mecklenburg für dich tun kann. Handle für dein Mecklenburg und die starke Gemeinschaft bietet dir den Schutz deiner Familie.

Mecklenburg geht mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz in die souveräne parlamentarische Monarchie

- Die Regierungsgewalt geht sofort an den Grhzg. Friedrich Maik



JB - Der Systemwechsel in die p. Monarchie wird schneller vollzogen als es geplant wurde. Die über die Volksinitiative erreichten Stimmzettel liegen bei 70.000 gültigen Stimmen von ca. 140.000 benötigten Stimmen. Dem Rauswurf der SPD geführten Landesregierung MV mit der Hauptverantwortlichen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit Erreichen der 140.000 Stimmen kommt jetzt die Eigenermächtigung der BRD-Regierung mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz zuvor.

Die Volksinitiative wird davon nicht involviert und planmäßig bis zur rechtswirksamen Stimmenanzahl weitergeführt.

"Deutscher Bundestag Drucksache 19/23944; 19. Wahlperiode

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD;

Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

"Artikel 7 Einschränkung von Grundrechten

Durch Artikel 1 Nummer 16 und 17 werden die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 des Grundgesetzes), der Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt."

Kommentar

Artikel 7 des weitreichenden Gesetzes zum angeblichen Schutz der Bevölkerung, welches in den nächsten Tagen im Bundestag diskutiert und verabschiedet werden soll. Es soll die hier genannten Grundrechte einschränken, um Euch vor Corona zu schützen. Geht dieses Gesetz damit also weiter als das "Ermächtigungsgesetz" (Verordnung zum Schutz von Volk und Staat) der Nazis von 1933?

Diese Grundrechte sollen eingeschränkt werden:

☐ die Grundrechte der Freiheit der Person!

(das bedeutet, dass man Euch einsperren darf)

☐ die Versammlungsfreiheit! (das bedeutet, das man Euch verbieten darf zu demonstrieren)

☐ die Freizügigkeit

(das bedeutet, dass man Euch verbieten darf das Land zu verlassen oder in andere Staaten einzureisen)

☐ die Unverletzlichkeit der Woh-

⊔ die Unverletzlichkeit der Wohnung!

(das bedeutet, dass man gegen Euren Willen in Eure Wohnung einbrechen kann)

Wenn es verabschiedet wird, gießt es damit die Verordnungen, die bisher in einer Art "Notstand" galten und





immer noch vor Gericht anfechtbar waren, in Gesetze, die man dann auch nicht mehr anfechten kann!!

Sie erinnern sich, daß das Grundgesetz eine Verwaltungsvorschrift der Alliierten zur Verwaltung der besetzten Wirtschaftsgebiete des Deutschen Reichs ist. Dieses Verwaltungsgebiet wurde Bundesrepublik Deutschland (BRD) bezeichnet. Und dieser Bund ist aufgelöst worden.

Für den geltenden und gültigen Rechtskreis sei hiermit informiert, daß der Norddeutsche Bund nie ratifiziert worden ist und somit nicht als Staatsvertrag gelten kann. Mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz der BRD-Verwaltung wird das Grundgesetz ausgesetzt.



Die BRD-Verwaltung steht in der Selbstermächtigung und handelt eigenverantwortlich als Okkupant. Daraus folgt in Abstimmung der Besatzungsrechte des S.H.A.E.F und des SMAD, daß die Gliedstaaten des Deutschen Reichs sich in die souveräne Staatsform stellen können, wenn die rechtlichen Bedingungen einer legitimen Rechtsnachfolge bestehen.

Auf dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommern gelten somit alle Proklamationen des Großherzogs Friedrich Maik. Insbesonderes wird verwiesen auf:

-die Proklamation 2019/1 zur Aktivierung des Grhzgt. Mecklenburg-Strelitz und des Grhzgt. Mecklenburg-Schwerin.

-die Proklamation 2019/3 zum Austritt aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs.

-die Proklamation 2019/6 zum Austritt aus dem Norddeutschen Bundesgebiet

-die Proklamation 2020/8 – Das Mandat aller Politiker im Gebiet des Grhzgt. Mecklenburg-Strelitz und des Grhzgt. Mecklenburg-Schwerin ist aufgehoben.

In der uns gegebenen Höflichkeit erwarten wir bis zum 19. November 2020 eine öffentliche Ankündigung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zum bevorstehenden Regierungswechsel.

Diese höfliche Aufforderung wird nicht wiederholt.

DRAHT Mecklenburg und West-Pommern

Vergleich der parlamentarischen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie

	p. Monarchie	p. Demokratie		
Abgabenlast	ca. 25%	ca. 85%		
Mehrwertsteuer	entfällt	16%		
Bodenrecht	Besitz, Herrschafts- und Nießbrauch- recht, Tilgung der Grundschulden	vermutetes Eigentum §891 BGB, Zwangsmaßnah- men durch BRD-Verwaltung und EU		
Währung	goldgedeckte Währung, Schilling	Wert gleich Null, Euro		
Finanzsystem	keine Zinsen	Zinssystem		
Finanzamt	entfällt für Arbeitnehmer, vereinfachte Steuererhebung für Unternehmer	kriminalisiertes Schenkungsrecht		
Bankensystem	Staatsbank	Privatbanken		
Bauen, Eigenheim	zinslose Bauförderung	Baudarlehen, Zinsen		
medizinische Versorgung	keine Kosten	ca. 15% v. Lohn		
Energie	freie Energie	Kosten, Ausplünderung		
Stand	Mensch	Person		
Pädophile	verboten	systembedingt gefördert		
Bildung	freie Schulwahl, keine Kosten	Schulpflicht, Kosten		
Impfen	freie Wahl, Monoimpfungen werden bereitgestellt	Zwang, Mehrfachimpfungen		
Landwirtschaft	min. 85% Reduzierung des Pestizidein- satzes, keine Gentechnologie, Arten- vielfalt, Selbstversorgung	Ausbeutung durch EU-Verordnung, steigender F stizideinsatz, industrielle Monokultur, Landrau durch Konzerne, Lebensmittelimport		
Polizei	Im Staatsdienst stehend	persönlich haftender Angestellter		



Stimmzettel für die Entscheidung zur <u>parlamentarischen</u> Monarchie und dem Einleiten der Volksinitiative.



Germany

Mail: post@friedrich-maik.com

Mecklenburg

			0	
Mit Hauptwohnsitz gemeldet in:	0	Mecklenburg	0	West-Pommern
Familienname		Vorname		Geburtsdatum
Adresse Straße und Hausnummer		Postleitzahl		Ort
Ich stimme für die parlamentarische Mona	rchie		_	
Datum: (z.B. xx. Juli 2020)		202_	Unterschrift	
« <u>www.friedrich-maik.com</u>		a ab	>=	Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen
www.volldraht.de			35	Großherzog Friedrich Maik* Postfach 110119 D-19001 Schwerin/Meckl.,

Es gelten die Datenschutzverordnungen des Ghzgt. Mecklenburg-Strelitz und des Ghzgt. Mecklenburg-Schwerin, sowie des Hzgt. Pommern, Die Daten können zur Kontaktaufnahme verwendet werden

Mecklenburger & Pommeraner zeigen Flagge

Wir sind stolz auf unsere Heimat

HAUPTSEITE

PRODUKTE

VOLLDRAHT-ZEITUNG (DOWNLOAD)

MEIN PROFIL

Janet-Timm-Shop

Jörn Baumann - Unser Shop für den Mecklenburger und Pommeraner, der aktiv für die sichere Zukunft unseres Großherzogthums kämpft.

Ihr Einkauf setzt ein weiteres sichtbares Zeichen der Solidarität unserer Gemeinschaft.Sie finanzieren mit Ihrem Beitrag auch das Medienprojekt mit der Zeitung VOLLDRAHT.



Werden Sie aktiv und zeigen Flagge. Sie wollen wissen, wer an Ihrer

Seite steht, Sie sehen auf der Arbeit, beim Einkaufen der beim Spaziergang anonyme Menschen, ändern Sie es, zeigen Sie mit dem unaufdringlichen Anstecker für das Revers, daß Sie dabei sind, unsere Heimat neu zu gestal-

Und Sie werden begeistert sein, fremde Menschen lächeln Ihnen zu, winken und ein "HighFive" zeigt Ihnen, daß Sie nicht alleine sind. Wir sind viele und werden täglich mehr.

Es ist die öffentliche Wahrnehmung der Veränderung der Bürger, die selbstbewußt auftreten und sich nicht mehr einschüchtern lassen, die den Meinungswechsel ermöglichen. 1933 darf und wird sich nicht wiederholen. Wenn der "Staat" den rechtlich legitimen Bereich verlassen hat und eine Gefahr für den Fortbestand unser Gesellschaft darstellt, dann ist es unsere Pflicht den Widerstand aufzunehmen.

Das in Mecklenburg-Vorpommern SPD geführte BRD-Regime mit der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig führt einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Subtil und hinterhältig wurde der demokratische Bereich verlassen, um im Faschismus ideologische Zielsetzungen eines totaltären Systems durchzusetzen.

Der Winter wird die gefälschten Arbeitslosenzahlen der Landesregierung platzen lassen, Werfetn, Aida, Gastronomie und das Beherbungsgewerbe sind erledigt.

Dieser fatale Zustand eines kriminell handelnden Regierungsapparates wird jetzt ein Ende gesetzt. GAME OVER





IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

VOLLDRAHT

Haupredakteur Jörn Baumann

Gleviner Straße 29 18261 Güstrow 0176-49430281 info@volldraht.de www.volldraht.de

> Verlegerin Janet Timm

VOLLDRAHT® ist eine eingetragende Wortmarke

Generalstaatsanwaltschaft Rostock

stellt strafrechtliche Ermittlung gegen MP Schwesig und Minister ein

jb - Aufgrund des öffentliches Interesses, das die Belange des Gemeinwohls über die Individualinteressen stellt, veröffentlichen wir die Strafanzeige gegen die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und weitere Minister sowie die Antwort der Generalstaatsanwaltschaft.

Aus Sicht der Generalstaatsanwaltschaft ergeben sich keine Anhaltspunkte für die Begehung einer Straftat und die Strafanzeige wird mit dem Verweis auf §152 StPo abgewiesen.

Wir haben die Strafanzeige gegen die MP Schwesig und Minister gestellt, weil, wenn im Gesetz "A" steht und eine Ministerpräsidentin und Kollegen "B" verordnen, dann ist das ein Rechtsbruch. Wenn für den Sachverhalt per Gesetz zu "A" und "B" keine Ermächtigung besteht, sind ausreichende Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens vorhanden.

Es sind nur zwei Punkte:

- 1. Ist(sind) die Urschrift(en) der Verordnung(en) unterschrieben oder nicht. Ein Blick ins Archiv und der Fall ist geklärt.
- 2. Ist der Artikel 3 Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht geltendes Recht?

Obwohl ein starkes öffentliche Interesse vorliegt, ob die gesamte Corona-Politik rechtswidrig ist und somit ein riesiger Schadenersatzanspruch der geschädigten Bürger in Mecklenburg-Vorpommern besteht, liefert die Generalstaatsanwaltschaft keine Begründung für ihre Entscheidung, was als Indiz einer Anweisung zur Nichtverfolgung gewertet wird.

Mit dieser Einstellung wird es der Generalstaatsanwaltschaft auch nicht möglich sein, im Vorwurf einer fiktiven Pandemie, die über die Medien viral gehalten wird, obwohl jede wissenschaftliche Evidenz einer Pandemie bereits ausgeschlossen wurde, die Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat zu erkennen.

Antwort der Generalstaatsanwaltschaft Rostock

Strafanzeige vom 17.09.2020 gegen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig u.a.

Vorwurf: Betrug

Sehr geehrter Herr Baumann,

den von Ihnen zur Anzeige gebrachten Sachverhalt habe ich geprüft, jedoch von der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen abgesehen. Ein Ermittlungsverfahren leitet die Staatsanwaltschaft nur dann ein, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für die Begehung einer verfolgbaren Sttraftat vorliegen (§152 StPO). Das ist hier nicht der Fall.

Mit freundlichen Grüßen, Henke Oberstaatsanwalt

Der Stillstand der Rechtspflege ist keine Fiktion, wir erleben es real.

An

Generalstaatsanwaltschaft Rostock

In der Funktion als Generalstaatsanwältin Christine Busse

Patriotischer Weg 120 a 18057 Rostock

Betr: Strafanzeige wg. des Verdachts der Vortäuschung falscher Tatsachen, §263 StGB Betrug, §267 StGB Urkundenfälschung, §267 I StGB Handeln zur Täuschung im Rechtsverkehr, §269 StGB Fälschung beweiserheblicher Daten, §274 StGB Urkundenunterdrückung, §37 VwVfG Wirksamkeit des Verwaltungsaktes daraus wirkt VwVfG §§44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes.

Mein Zeichen: RH 85 565 021 0DE

Strafanzeige gegen:

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig,

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Harry Glawe,

Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Bettina Martin,

Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Christian Pegel,

Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Stefanie Drese,

Justizministerin Katy Hoffmeister,

Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Thill Backhaus,

Minister für Inneres und Europa Lorenz Caffier.

Anzuzeigender Sachverhalt

Die verkündete Verordnung vom 17. April 2020 (Beweis-01) "Verordnung der Landesregierung MV gegen das neuartige Coronavirus (Anti-Corona-VO MV) mit § 1 Kontaktverbot, Empfehlung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung" und alle folgenden Verordnungen der Staatskanzlei / Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sind nicht rechtsfähig und stellen einen willkürlichen Akt der Selbstermächtigung unter Bezug auf den Betreff der Strafanzeige dar.

Begründung

B1.1

Die Verordnungen sind gem.§ 13 Abs. 1 Satz 1 GGO Il Landesverordnungen vom Ministerpräsidenten sowie von den beteiligten Ministern zu unterzeichnen. Ich, als Bürger wollte nachvollziehen können, ob das Gesetzgebungsverfahren korrekt erfolgt ist, um alle Rechtsmittel zur Überprüfung dieser Rechtsnorm, auch auf formelle Fehler, durchführen zu können. Diesen Anspruch habe ich als Bürger aus dem Rechtsstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 4 GG, der jedem Bürger die Möglichkeit auf ein faires Verfahren, hier die Überprüfung der formellen Rechtmäßigkeit einer Verordnung, einräumt. Für eine insoweit effektive Rechtsvertretung räumt mir auch Art. 6 Abs. 3 EMRK ein entsprechendes Recht ein.

In der auf den Internetseiten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichten Verordnung sind die Unterschriftenfelder nur mit den Titeln der Minister beschriftet und nicht unterschrieben. Auf tel. Nachfrage bei der Staatskanzlei MV, das keine Unterschriften vorhanden wären, gibt es eine Auswahl von Antworten: "Examinieren, Sie mich nicht", "Stellen sie einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz und schauen sie, wie weit sie kommen." und "Ich habe nicht das Bedürfnis, ihre rechtlichen Spitzfindigkeiten zu diskutieren". Es wurde dann in einer bürgerfeindlichen Arroganz auf die unterschriftslose Version hingewiesen, die angeblich mit der Veröffentlichung im Internet die Rechtskraft der unterschriebenen Version besitzt. Das wurde dann durch den Pressesprecher Tilo Stolpe, Justizministerium MV bestätigt.

"Ihre Anfrage wurde per Email vom 27. April 2020 an das für die Herausgabe des staatlichen Gesetz- und Verordnungsblatts für Mecklenburg-Vorpommern zuständige Justizministerium geleitet.

Die Verkündung von Verordnungen erfolgt in einem zweistufigem Verfahren. Gemäß Artikel 58 Absatz 2 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern "... werden ... Rechtsverordnungen ... von der Stelle, die sie erläßt, ausgefertigt und vorbehaltlich anderer gesetzlicher Regelung im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet". Dabei ist die Ausfertigung die vorherige Unterzeichnung durch die beteiligten Kabinettsmitglieder auf einem urkundlichen Orginal (vgl. § 13 der Gemeinsamen Geschäftsordnung II Richtlinien zum Erlass von Rechtsvorschriften und weiteren Regelungen durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern). Ohne diese entsprechende verfassungsgemäße vorherige Ausfertigung, die auch archiviert wird, werden Verordnungen nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet…"

Auf schriftlicher Nachfrage bei der Landtagspräsidentin, allen Fraktionschef und im persönlichen Gespräch wurde der Nachweis der unterschriebenen Urschrift eingefordert. Es erfolgte keine Reaktion. Selbst dem persönlich angesprochenen AfDlern, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzende Petra Federau und dem Abgeordneten Bert Oberreiner war es in mehrtägigen Versuchen nicht möglich, diesen Nachweis zu erbringen.

B1.2

Auf konsequente Nachfragen zur unterschrieben Verordnung wurde duch die Staatskanzlei MV eine Verordnung mit angeblich dazugehörigen Unterschriftenblatt, als PDF (Beweis-02) versendet. Bei näherer Betrachtung sind die fehlende Nummerierung, Seitenbezug, differente Schrifttypen und Schriftgrößen zu erkennen. Es handelt sich offensichtlich um ein nachträglich hinzugefügtes Blatt, unabhängig davon erfüllt dieses Unterschriftenblatt nicht die formellen Bedingungen zur Entfaltung der Rechtskraft.

B1.3

Mit Stand vom 17. September 2020 sind auf der Internetseite 2 Verordnungen eingestellt.

- a) Verordnung der Landesregierung zur weiteren schrittweisen Lockerung der coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern (Corona-Lockerungs-LVO MV) (PDF, 0,3 MB) Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 10.09.2020 bis 09.10.2020.
- b) Coronavirus SARS-CoV-2 in Mecklenburg-Vorpommern (SARS-CoV-2-Quarantäneverordnung SARS-CoV-2-QuarV) (PDF, 0,06 MB) Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 04.09.2020 bis 09.10.2020.

In beiden Verordnungen fehlen jetzt auch die Unterschriftenfelder. (Beweis-03, jeweils die beiden ersten und die beiden letzten Seiten der Verordnungen)

B1.4

Mit dem zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht - Artikel 3, Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (103-1); Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

B1.5

Offensichtlich ist in B1.4 die Begründung der fehlenden Unterschriften und aktuell der fehlenden Unterschriftenfelder zu finden, das sich in der vehementen Verweigerung der Staatskanzlei und dem Landesparlament zur Einsicht bzw. Offenlegung der Ur-Schrift der Verordnung(en) zeigt.

Antrag

Ich stelle den Antrag auf Prüfung der strafrechtlichen Relevanz und Würdigung.

Aufgrund der durch die Verordnungspolitik entstandenen schweren Schaden, an der Gesellschaft und der Wirtschaft in MV, stelle ich den Antrag der sofortigen Aussetzung der Verordnungspolitik, bis zur Klärung des o. g. Sachverhalts.

Anlage

Beweis-01: Verordnung vom 17. April 2020 "Verordnung der Landesregierung MV gegen das neuartige Coronavirus (Anti-Corona-VO MV) mit § 1 Kontaktverbot, Empfehlung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung"

Beweis-02: Verordnung vom 17. April 2020 mit angeblichen dazugehörigen Unterschriftenblatt, als PDF

Beweis-03: Verordnungblätter zu B 1.3 a) und b)

Hochachtungsvoll

By: Baumann, Jörn A.R.

Verteiler

Generalsstaatsanwaltschaft Rostock Großherzog Friedrich Maik Amerikanische Kriminalpolizei

Α

rtikel in VOLLDRAHT

Strafanzeige gegen Ministerpräsidentin M.Schwesig



Staatskanzlei MV ist eine kriminelle Bande

- Drostens bescheuerter PCR-Test ist das Grundübel



JB - Liebe Mecklenburger und Pommeraner, ich bitte um Gehör

Die Staatskanzlei und Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern handelt vorsätzlich gegen die rechtsstaatlichen Vorgaben. Die nach meiner Meinung mafiösen, kriminellen und sittenwidrigen Handlungen der Staatskanzlei, in Verantwortung der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, schädigen massiv die Wirtschaft unseres Landes, sind extrem gefährdend und zerstören das soziale Gefüge der Mecklenburger und Pommeraner.

Die Corona-Pandemie ist ein aus wirtschaftlichen und ideologischen Interessen heraus initiierter Betrug.

Die Politiker in MV können sich nicht mit Unwissenheit rausreden.

VOLLDRAHT hat in massiver Weise auf die Rechtswidrigkeit der Verordnungspolitik hingewiesen und mit E-Mails, Telefonaten, persönlichen Gesprächen mit MV-Politikern, Artikeln und Strafanzeige gegen die MP SPD-Schwesig um Prüfung und zur Beendigung der Verordnungspolitik und der Corona-Maßnahmen aufgefordert.

Es erfolgte keine Reaktion aus der Politik und die Generalstaatsanwaltschaft Rostock sieht keinen Grund ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Neben vielen Beweisen zur irrationalen Behauptungen, auf denen sich eine wissenschaftlich nicht haltbare Infektionshysterie begründet, ist speziell der Scharlatan Christian Heinrich Maria Drosten der Lüge und Betrugs gerichtlich überführt. Das an sich ist ein Skandal, der bisherige Dimensionen von Hochstaplern erzeugter Schäden sprengt.

Fatal wirkt sich der totale, absolute, völlige Vertrauensverlust in das Rechtssystem aus. Eine Bande von Kriminellen oder Vollidioten in der Verantwortung zur Führung von Mecklenburg-Vorpommern, die Staatskanzlei und das Landesparlament haben jeden Hinweis auf eine Vortäuschung der Corona-Pandemie vorsätzlich oder unwissentlich aus Naivität ignoriert. Die durch die rechtswidrigen und verfassungsrechtlichen nicht haltbaren Corona-Maßnahmen geschädigten und zu Tode gekommenen Menschen sind durch die o.g. Politiker zu verantworten.

Wir fordern die Minister der Staatskanzlei und die Mandatsträger des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum sofortigen Rücktritt auf.

Hauptredakteur von VOLLDRAHT

Jörn Baumann

Video - Rae Dr. Fuellmich **Dosten - Als Hochstapler überführt**



Video - Rae Dr. Fuellmich *Corona - Sammelklage*

